

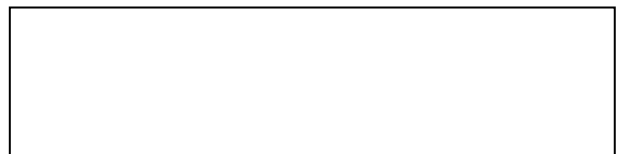
Name:	
Klasse/Jahrgang:	



Standardisierte kompetenzorientierte schriftliche
Reifeprüfung/ Reife- und Diplomprüfung

11. Jänner 2016

Deutsch



Hinweise zur Aufgabenbearbeitung

Sehr geehrte Kandidatin! Sehr geehrter Kandidat!

Ihnen werden im Rahmen dieser Klausur insgesamt drei Themenpakete mit je zwei Aufgaben vorgelegt. Wählen Sie eines der drei Themenpakete und bearbeiten Sie beide Aufgaben zum gewählten Thema.

Themenpakete	Aufgaben (geforderte Wortanzahl)	Textbeilagen
1. Wertigkeit der Arbeit	Textinterpretation (540 bis 660 Wörter)	1 Geschichte
	Leserbrief (270 bis 330 Wörter)	1 Interview
2. Zukunft der Jugend	Meinungsrede (405 bis 495 Wörter)	1 Kolumne
	Kommentar (405 bis 495 Wörter)	1 Zeitungsartikel
3. Bedrohte Freiheit	Zusammenfassung (270 bis 330 Wörter)	1 Interview
	Erörterung (540 bis 660 Wörter)	1 Kommentar

Ihnen stehen dafür 300 Minuten an Arbeitszeit zur Verfügung.

Die Aufgaben sind unabhängig voneinander bearbeitbar.

Verwenden Sie einen nicht radierbaren, blau oder schwarz schreibenden Stift.

Verwenden Sie ausschließlich die Ihnen zur Verfügung gestellten Blätter. In die Beurteilung wird alles einbezogen, was auf den Blättern steht und nicht durchgestrichen ist. Streichen Sie Notizen auf den Blättern durch.

Schreiben Sie auf jedes Blatt Ihren Namen und die fortlaufende Seitenzahl. Geben Sie die Nummer des gewählten Themenpaketes und den jeweiligen Aufgabentitel an.

Falls Sie mit dem Computer arbeiten, richten Sie vor Beginn eine Kopfzeile ein, in der Ihr Name und die Seitenzahl stehen.

Als Hilfsmittel dürfen Sie gedruckte und, falls Sie mit dem Computer arbeiten, elektronische Wörterbücher verwenden. Die Verwendung von Autokorrekturprogrammen, (gedruckten und online verfügbaren) Enzyklopädien oder elektronischen Informationsquellen ist nicht erlaubt.

Abzugeben sind das Aufgabenheft und alle von Ihnen verwendeten Blätter.

Ihre Arbeit wird nach folgenden Kriterien beurteilt:

- Inhalt
- Textstruktur
- Stil und Ausdruck
- normative Sprachrichtigkeit

Viel Erfolg!

Thema 1: Wertigkeit der Arbeit

Aufgabe 1

Martin Suter: *Männer unter Streß: Perrig*

Verfassen Sie eine Textinterpretation.

Situation: Im Rahmen der schriftlichen Reifeprüfung/Reife- und Diplomprüfung in Deutsch sollen Sie nachweisen, dass Sie literarische Texte analysieren und interpretieren können.

Lesen Sie die Geschichte *Männer unter Streß: Perrig* von Martin Suter (Textbeilage 1).

Verfassen Sie nun die **Textinterpretation** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie Perrigs Verhalten am Arbeitsplatz.
- Analysieren Sie, wie er seine eigene Rolle sieht und seine Mitarbeiter/innen beurteilt.
- Untersuchen Sie, an welchen stilistischen Merkmalen der Text als Satire erkennbar ist.
- Deuten Sie, inwiefern der Text Kritik an der Welt des Managements übt.

Schreiben Sie zwischen 540 und 660 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Aufgabe 1 / Textbeilage 1

Hinweis: Die Rechtschreibung des Originaltextes wurde beibehalten.

Martin Suter: *Männer unter Streß: Perrig* (2000)

Ehrlich gesagt: Perrig braucht den Streß. Ohne Streß fehlt ihm das Gefühl zu arbeiten. Oder die Leistung zu erbringen, die er sich abverlangt: Höchstleistung. Wenn Perrig nicht immer, wenn er sich mit einer Sache befaßt, in Gedanken schon bei der nächsten ist, fehlt ihm der Druck, der ihn zur richtigen Entscheidung treibt. Je enger die Räume, je rarer die Alternativen, desto zwingender die Entscheidung. Einer, der immer vorneweg entscheiden muß, hält sich nicht mit Prioritäten auf. 5

Aber daß Perrig den Streß braucht, bedeutet nicht, daß er nicht unter ihm leidet. Im Gegenteil: Perrig leidet ganz schrecklich unter seinem Streß. Und mit ihm die ganze Abteilung. Wenn er als letzter ins Büro kommt, noch Rasierschaum an den Ohrläppchen und einen Bissen Grahambrot im Mund, läßt er es die ganze Abteilung spüren, daß sie schon hier ist. Leute, die pünktlich bei der Arbeit sind, sind nicht ausgelastet. Es gibt eine höhere Form der Pflichterfüllung als die pünktliche: die aufopfernde. Die, die nicht unterscheidet zwischen Tag und Nacht, Geschäft und Privat, Bürozeiten und Überstunden. Wenn Perrig ins Büro kommt, verlegt er lediglich den Schauplatz seiner totalen beruflichen Hingabe. Pünktlichkeit ist das Gegenteil von Engagement. Sie degradiert die Tätigkeit zu einer, der man nach einem bestimmten Stundenplan nachgehen kann. 10 15

Nicht daß Perrig von seiner Abteilung nicht absolute Pünktlichkeit verlangen würde. Von Leuten, die durch die Pünktlichkeit, mit der sie ihrer Aufgabe nachgehen, beweisen, daß sie nicht mit Leidenschaft bei der Sache sind, ist Pünktlichkeit das mindeste, was man verlangen darf. Es ist die demonstrative Art, wie sie alle schon da sind, wenn er eintrifft, abgekämpft schon morgens um neun und ohne Hoffnung, den Rückstand auf den Tag jemals aufzuholen, die er ihnen vorwirft. 20 25

Sobald Perrig im Büro ist, macht er sich daran, Dinge, die die höchste Stufe der Überfälligkeit noch nicht erreicht haben, zu verschieben. Eine Arbeit, zu der er etwa drei Tassen starken Kaffee braucht. Danach gönnt er sich eine Kaffeepause, reißt die Fenster auf, leert die Aschenbecher, schließt die Fenster, zündet sich eine an und beginnt, eine Pendenzenliste aufzustellen. Bis Mittag läßt er sich von der Aussichtslosigkeit lähmen, auch nur eine der anstehenden Aufgaben auch nur annähernd befriedigend lösen zu können. Dann geht er zum Lunch, wo er praktisch keinen Bissen runterkriegt und ein wenig überzieht mit Glogger, der auch ein Liedchen singen kann vom Streß. 30 35

Am Nachmittag kommt er zu nichts, weil alles auf ihn einstürzt. Alle wollen etwas von ihm, nichts geht ohne ihn. Was kann man anderes erwarten von Leuten, die nur darauf warten, bis es fünf Uhr ist und sie den Griffel fallen lassen können? 40

Perrig läuft langsam zu seiner Hochform auf. Erledigt gleichzeitig drei Dinge nicht und trifft nebenbei noch ein paar wichtige Entscheidungen, die Vertagung einiger wichtiger Entscheidungen betreffend. Doch genau als er sich die Pendenzenliste vorknöpfen will, wird er von seiner Sekretärin an die Abteilungsleitersitzung erinnert, die vor zehn Minuten begonnen hat. Über eine Stunde verbringt er wie auf Nadeln mit Leuten, die offenbar nichts zu tun haben, als zu quasseln, während es in seiner Abteilung an allen Ecken brennt, meine Herren.

Als er endlich wieder im Büro sitzt, ist schon die halbe Abteilung gegangen. Das hat den Vorteil, daß er in Ruhe seine Pendenzen aufarbeiten kann, aber den Nachteil, daß das dazu nötige Feedback nicht abrufbar ist, weil die zuständigen Apparatschiks natürlich schon längst zu Hause auf dem Balkon in die Holzkohle pusten.

Es bleibt ihm nichts übrig, als das Ganze um eine schlaflose Nacht zu verschieben.

Quelle: Suter, Martin: Business Class. Geschichten aus der Welt des Managements. Zürich: Diogenes 2000, S. 76–78.

INFOBOX

Martin Suter (geb. 1948), Schweizer Schriftsteller, schrieb in den 1990er-Jahren die Kolumne *Business Class* in einer Schweizer Wochenzeitung

Pendenz: unerledigte Sache

Thema 1: Wertigkeit der Arbeit

Aufgabe 2

Umverteilung der Arbeit

Verfassen Sie einen Leserbrief.

Situation: Sie beschäftigen sich seit einiger Zeit mit verschiedenen Aspekten der Arbeitswelt und lesen ein Interview mit Richard Sennett. Sie beschließen, darauf mit einem Leserbrief zu reagieren.

Lesen Sie das Interview „*Wir müssen die Arbeit umverteilen*“ mit Richard Sennett aus der Online-Ausgabe der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* vom 3. Juli 2014 (Textbeilage 1).

Verfassen Sie nun den **Leserbrief** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Benennen Sie die Arbeitsmarktprobleme, die im Interview dargestellt werden.
- Erläutern Sie Sennetts Visionen für die Arbeitswelt der Zukunft.
- Nehmen Sie Stellung zu seiner Forderung: „Wir müssen die Arbeit umverteilen.“

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Richard Sennett

„Wir müssen die Arbeit umverteilen“

Die einen schufteten sich fast zu Tode, die anderen sind arbeitslos. Europas Arbeitsmarktprobleme könnten einfach gelöst werden, sagt der Soziologe Richard Sennett.

Interview: Sven Rahner

ZEIT ONLINE: *Herr Sennett, wie sieht Ihre Vision für die Zukunft der Arbeit aus?*

Richard Sennett: Mehr Sozialismus, mehr Mitbestimmung, kleinere Firmen und die Schwächung des Finanzkapitals zugunsten produktiver Arbeit. Wir benötigen alternative Managementmodelle, die auf eine kontinuierliche (Weiter-)Entwicklung der Menschen setzen. Das Problem, mit dem wir es im modernen Kapitalismus zu tun haben, ist die Manipulation der Zeit.

ZEIT ONLINE: *Wie meinen Sie das?*

Sennett: Die Menschen werden von Zeitstrukturen dominiert, die ihre Fähigkeit reduzieren, Arbeit als Genugtuung zu erleben. Ich bin davon überzeugt, dass sich eine grundlegende Zufriedenheit einstellt, wenn man das Gefühl hat, seine Sache gut zu machen. Um das zu erreichen, müssen Menschen die Möglichkeit haben, über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren hinweg gleiche oder sehr ähnliche Aufgaben zu bearbeiten. Das Flexibilitätspostulat im Personalmanagement der letzten Jahre steht dieser Erkenntnis diametral gegenüber: Die Leute werden permanent von einer Aufgabe zur anderen geschoben, um

sie ständig auf einem Niveau der Einarbeitung und Unsicherheit zu halten. Damit wird letztlich das Gefühl der Genugtuung, das sich nach einer erfolgreich erledigten Aufgabe einstellt, zerstört.

ZEIT ONLINE: *Sie behaupten, in Zukunft wird es zu wenig Arbeit für zu viele Menschen in Europa geben. Hierzulande sprechen aber alle von einem Fachkräftemangel. Wie kommen Sie darauf?*

Sennett: Ich mache mir keine großen Sorgen über das, was in Deutschland passieren wird. Ich mache mir viel größere Sorgen über das, was in Spanien, Italien, Griechenland und in Großbritannien passieren wird. Ich denke, wir haben es in Europa weniger mit zyklischer Arbeitslosigkeit als mit einem strukturellen Mangel an Arbeit zu tun. Prinzipiell gibt es ausreichend Arbeit – aber sie ist ungerecht verteilt. Einige arbeiten bis zum Umfallen und werden krank deshalb, andere, wie etwa viele junge Menschen in Spanien, sind arbeitslos.

ZEIT ONLINE: *Woran liegt das?*

Sennett: In den achtziger und neunziger Jahren exportierten wir eine ganze Menge an relativ gering qualifizierter Arbeit in die Entwicklungsländer. Sie entwickelten die Arbeit weiter und machten sie anspruchsvoller. Diese Arbeits-

plätze werden sie uns aber nicht wieder zurückgeben. Es war eine unrealistische Vorstellung, dass wir die guten Jobs behalten und die ganz schlechten exportieren könnten. So funktioniert der Arbeitsmarkt einfach nicht.

ZEIT ONLINE: *Wie würde er denn funktionieren?*

Sennett: Die in Europa vorhandene Arbeit müsste so umverteilt werden, dass jeder Bürger einer Erwerbsarbeit nachgehen kann – und zwar in Teilzeit.

ZEIT ONLINE: *Warum?*

Sennett: Zum einen gibt es in Europa auf absehbare Zeit schlicht und einfach mehr Arbeitsuchende als Arbeit. Zum anderen ist es eine Illusion, dass mehr Arbeitsstunden für eine hochproduktive Gesellschaft notwendig seien. Meiner Meinung nach ist das der Versuch, eine neue Form des Kapitalismus zu etablieren. Die Ideologie, die derzeit vorherrscht, suggeriert den Menschen, dass nur außergewöhnliche Anstrengungen sie in diesem System am Leben halten. Es wird das Maximum verlangt und dieses dient als Norm, um die Arbeitnehmer zu disziplinieren. Ich habe das an der Universität gesehen. Zurzeit erwarten Hochschulen in Großbritannien, dass ihre Angestellten zwischen zehn und zwölf Stunden am Tag ar-

beiten. Sie müssen alle möglichen Aufgaben erledigen, die genau genommen mit ihrer eigentlichen Tätigkeit nichts zu tun haben. Unter diesen Bedingungen leidet die Produktivität. Die Leute gehen nicht gerne zur Arbeit und entsprechend sind ihre Arbeitsergebnisse. Arbeitnehmer, die das Maximum als Norm betrachten, sind auf Dauer nicht belastbar – überdies weder loyal noch verlässlich.

ZEIT ONLINE: *Wie könnte denn eine Umverteilung von Arbeit konkret aussehen?*

Sennett: Meiner Auffassung nach wäre die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens eine Erfolg versprechende Herangehensweise. Man versucht, die vorhandene Arbeit zu bestimmen, um sie dann unter zwei oder drei Leuten zu verteilen. Diese werden als Teilzeitkräfte bezahlt. Der

Staat gibt ihnen dann zusätzlich ein Grundeinkommen, um den Unterschied auszugleichen. ■

Richard Sennett ist ein amerikanischer Soziologe. Er lehrt an der London School of Economics and Political Science und forscht über Städte, Arbeit und Kulturosoziologie.

Quelle: <http://www.zeit.de/karriere/2014-06/interview-richard-sennett-arbeitszeit/komplettansicht> [22.06.2015]

INFOBOX

Finanzkapital: miteinander verflochtenes Kapital von Industrieunternehmen und Banken in kapitalistischen Staaten, das einen wirtschaftlichen und zugleich politischen Machtfaktor darstellt

(Quelle: www.duden.de)

zyklische Arbeitslosigkeit (auch konjunkturelle Arbeitslosigkeit): Arbeitslosigkeit, die durch regelmäßig wiederkehrende Schwankungen im Auslastungsgrad der Produktion entsteht

Thema 2: Zukunft der Jugend

Aufgabe 1

Jugend zwischen Wut und Hoffnung

Verfassen Sie eine Meinungsrede.

Situation: An Ihrer Schule findet im Rahmen einer EU-Themenwoche eine Diskussionsveranstaltung mit den Jugendsprecherinnen und Jugendsprechern der verschiedenen politischen Parteien statt. Sie haben die Aufgabe übernommen, als Auftakt eine Meinungsrede zu halten, in der Sie auf die Zukunftsperspektiven junger Erwachsener eingehen. Bei der Vorbereitung der Rede stoßen Sie auf einen Text der Autorin Sibylle Berg. Sie entscheiden sich dazu, ihn als Ausgangstext für Ihre Meinungsrede zu verwenden.

Lesen Sie die Kolumne *Wir haben leider keine Zukunft für dich* von Sibylle Berg, die am 1. Juni 2013 auf der Nachrichten-Website *Spiegel Online* erschienen ist (Textbeilage 1).

Verfassen Sie nun die **Meinungsrede** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Benennen Sie einleitend die in der Textbeilage dargestellten Problembereiche.
- Vergleichen Sie ausgewählte Aussagen der Kolumne mit Ihrer eigenen Situation.
- Entwerfen Sie auf Basis Ihrer eigenen Meinung konkrete Forderungen an die politischen Vertreter/innen.

Schreiben Sie zwischen 405 und 495 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

[...]

Wir haben leider keine Zukunft für dich

In einer Castingshow abstrampeln oder sich für ein Start-up ausbeuten: Die Perspektiven, die Europa seinen Jugendlichen bietet, sind erschütternd. Wenn wir uns nicht endlich um die kommenden Generationen kümmern, wird sich bald deren Hass anstauen und brutal entladen.

Eine Kolumne von Sibylle Berg

59 Prozent jugendliche Arbeitslose in Griechenland, 55 Prozent in Spanien, 38 Prozent in Italien und Portugal. Die Statistik der Jugendarbeitslosigkeit in den EU-Staaten 2013 ist das Elend unserer Zeit in Zahlen. Die Jugend, unsere Hoffnung und so weiter, abgestellt, abgeschaltet, vergessen, nicht benötigt.

Während seltsame Menschen in schwachsinnigen Fernsehsendungen immer noch darüber reden, ob das Internet für junge Menschen schädlich ist, sitzen Millionen von ihnen ohne klare Funktion vor dem Computer. Und warten, dass endlich was passiert. Ausgebremst in der Zeit des Lebens, in der man in der Generation ihrer Eltern das Leben startete. Lehre, Beruf, erstes Geld, erste Wohnung und träumen, dass man sein Leben gestalten könnte, etwas erreichen, etwas Großes daraus machen.

Und es ist an dieser Stelle vollkommen unwichtig, ob das alles eine Illusion ist. Wir brauchen Hoffnung, was soll einen denn sonst am Leben halten. Europa stirbt aus, Kindergeld muss her und eine Herdprämie, aber wie

halten wir unsere Jugendlichen am Leben?

Die Sorte Menschen, die heute über den Unsinn des Internets diskutieren, sagte früher gerne: Wer Arbeit will, findet auch welche. Das stimmt so nicht mehr. Nichts stimmt mehr – in einer Welt, die ihre Jugend vergessen hat.

Es ist verdammt schwer, heute einen Feind auszumachen

Hallo junger Mensch, wir geben dir keine Ausbildung, dafür bekommst du auch keinen Job. Natürlich kannst du studieren, wenn es sich deine Eltern leisten können. Danach bekommst du vermutlich auch keinen Job. Zum Ausgleich haben wir dir ein versautes Klima mit Dauerregen, eine ungelöste Atommüllfrage und einen prosperierenden Neoliberalismus gebaut. Wir haben Müll getrennt und ansonsten Aktien gekauft. Okay, das Geld ist jetzt weg, aber dafür ist es uns doch gelungen, einige Firmen so groß zu machen, dass sie jetzt schon mehr Einkommen zu verzeichnen haben als ganze Länder. Als Länder, wo du, arbeitsloser junger Mensch, zum Beispiel noch in der Wohnung deiner Eltern sitzt und wütend bist.

Aber auf wen nur? Es ist so ver-

dammt schwer, heute einen Feind auszumachen. Amerika? Die Großkonzerne? Die Banken, die Manager? Wer ist schuld? Was wir sehen, wenn wir etwas sehen wollen, sind rührende Junge, die sich in Castingshows zum Deppen machen lassen. Die sich bei den Piraten engagieren oder die mit Start-ups von sich reden machen.

Die Millionen in den Wohnungen ihrer Eltern sehen wir nicht. Wir nehmen sie nicht wahr, sie haben keine Stimme, sie haben nur einen Hass, der sich irgendwann entladen wird. In Jugendrandale, in brennenden Städten. Vielleicht gibt es keine Lösung, keine Rettung. Vielleicht folgt der Mensch genau dem in seinen Genen eingeschriebenen Selbstausrottungsprogramm. Vielleicht ist Gerechtigkeit anormal, Mitgefühl und eine Entwicklung des Verstands sowieso.

Wir leben in der besten aller Welten, sagen Menschen mitunter. Ich denke, wir haben in der besten aller Welten gelebt, dann wurden wir gierig, dann wollten wir immer mehr, und dann wurde irgendwann das Licht gnädig ausgeschaltet. ■

INFOBOX

Herdprämie: abwertender Ausdruck für einen staatlichen Zuschuss für die Kinderbetreuung zu Hause

prosperieren: sich günstig entwickeln; gedeihen; gut vorankommen

Piraten = Piratenpartei: politische Partei, die sich besonders für Bürgerrechte und Informationsfreiheit einsetzt

(Quelle: www.duden.de)

Thema 2: Zukunft der Jugend

Aufgabe 2

Jugend: Investiert in sie!

Verfassen Sie einen Kommentar.

Situation: Der *SchülerStandard* veranstaltet einen Schreibwettbewerb zu dem Thema *Jugend – rosige Zukunft?*. Gewinner/innen werden zu einem Redaktionspraktikum eingeladen. Da Sie daran interessiert sind, schreiben Sie einen Kommentar zum genannten Thema, der auf der Website des Wettbewerbs für alle sichtbar veröffentlicht wird. Sie ziehen als Grundlage dafür den Artikel *Studenten als Geldanlage* heran.

Lesen Sie den Artikel *Studenten als Geldanlage* von der Nachrichten-Website *Spiegel Online* vom 26. September 2013 (Textbeilage 1).

Verfassen Sie nun den **Kommentar** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie das in der Textbeilage dargestellte Modell der Studienfinanzierung.
- Erläutern Sie mögliche Vor- und Nachteile dieses Modells.
- Nehmen Sie Stellung zur Behauptung von Priska Lorenz, Bildungsfinanzierung sei Aufgabe des Staates, nicht die von Privatleuten.

Schreiben Sie zwischen 405 und 495 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Studenten als Geldanlage: Investiert in mich!

Bedürftige Studenten sollen sich künftig als Geldanlage vermarkten, so will es der Schweizer Kanton Luzern. Sie sollen Finanziers finden, die ihnen Geld für das Studium vorstrecken und es später verzinst zurückerhalten. Kritiker sprechen von Menschenhandel.

Von Alexander Demling

Die Geschichte der Ich-AG ist kurz und unrühmlich: Erdacht in der Hartz-Kommission, wurde die staatliche Existenzgründerhilfe bereits zum Unwort des Jahres gewählt, bevor der erste Strandkorbvermieter oder mobile Gulaschkoch sein Fördergeld auf dem Konto hatte. Und drei Jahre später war bereits wieder Schluss, die Große Koalition setzte dieser ungeliebten „Herabstufung von menschlichen Schicksalen auf ein sprachliches Börsenniveau“ ein stilles Ende.

Das „sprachliche Börsenniveau“ fürchtet Reto Wyss nicht: Der Regierungsrat für Bildung im Schweizer Kanton Luzern will eine Art Ich-AG für Studenten einführen. Beschließt das Kantonsparlament im November [2013*] das neue Stipendengesetz, ruft der Staat künftig Privatpersonen dazu auf, Studenten Geld zu leihen. Im Gegenzug werden sie später wie Aktionäre am Einkommen der Absolventen beteiligt.

Bewerbung mit einem „Lebensentwurf“

Mit dem neuen Gesetz soll die staatliche Studienförderung auf die Bedürftigsten konzentriert werden, deren Stipendien und Darlehen dafür üppiger ausfallen sollen. Alle anderen werden künftig an den Verein studienaktie.org verwiesen. Die von dem gebürtigen Saarländer Lars Stein gegründete Initiative vermittelt seit 2006 Studenten an potentielle Geldgeber. Die Studenten bewerben sich mit ihrem ausformulierten „Lebensentwurf“ bei ihren Investoren und geben an, welches Einkommen sie nach dem Studium erwarten. Überzeugen sie die Initiative und den Förderer, werden ein Kreditbetrag und eine Zinsspanne für die Rückzahlung festgelegt. Auch der Kanton kann sich mit bis zu einem Fünftel an einem solchen „Bildungsprojekt“ beteiligen. Wie viel ein Absolvent seinem Unterstützer nach dem Studium tatsächlich schuldet, hängt von seinem Einkommen ab. Verdient er exakt den Betrag, den er vorher geschätzt hat, sind es fünf Prozent

pro Jahr. Liegt das Einkommen deutlich unter dem geschätzten Wert, kann der Zins auf bis zu 1,25 Prozent sinken. Wer überraschend gut verdient, zahlt im Extremfall 9,25 Prozent Zinsen. Innerhalb dieser Leitplanken ist aber alles zwischen Student und Finanzier verhandelbar. Auch der Kanton macht keine genaueren Vorgaben.

Der Chef der Schweizer Jusos, David Roth, vergleicht das mit „Menschenhandel“, seine Parteikollegin Priska Lorenz nennt den Plan „ein sehr neoliberales Konzept“. Bildungsfinanzierung sei Aufgabe des Staates, nicht die von Privatleuten, „die dann auch noch stattliche Zinsen dabei rausholen“.

Auch Opernsänger und Kinesiologen bekommen Geld

Bildungspolitikerin Lorenz glaubt, der Kanton wolle so vor allem Geld sparen. Luzern, das sich sonst gern als neues Steuerparadies für Unternehmen und Vermögende geriert, erhöht seine Ausgaben für Stipendien und

* Das Kantonsparlament hat diese neue Form der Ausbildungsfinanzierung im November 2013 beschlossen und nach einer Volksabstimmung im Mai 2014 eingeführt.

Studiendarlehen trotz steigender Studentenzahlen kaum. Das bestritt nicht einmal Regierungsrat Wyss: „Ich habe keine Freude daran, dass wir nicht mehr Geld für Stipendien zur Verfügung haben. Aber ich muss mich mit der aktuellen Haushaltssituation auseinandersetzen.“

„Ja, wir füllen Lücken“, sagt auch Studienaktie-Gründer Stein. „Aber Lücken, die sonst keiner füllen würde.“ 200 Studenten sollen in den kommenden drei Jahren zu Anlageobjekten werden. Der Sozialdemokratin Lorenz graut davor: „Wir befürchten, dass mit den privaten Studiendarlehen nur noch Studenten unterstützt werden, die sich lohnen.“

Das weist Lars Stein zurück: Unter den bislang Geförderten seien bereits Opernsänger und Kinesiologen, eine Künstlerin und ein 58-jähriger Promotionsstudent. Viele Investoren seien eher an der „sozialen Rendite“ interes-

siert, ließen sich etwa in Kunst auszahlen und schätzten den persönlichen Kontakt mehr als die Überweisung aufs Konto. Dröge Durchschnitts-BWLER hätten es sogar schwerer, einen Finanzier für sich zu begeistern.

Wer sein Studium schmeißt, bricht den Vertrag

Doch das Darlehen kann relativ teuer werden, vor allem im Vergleich zu den vom Kanton abgesicherten Beihilfen. Bei denen zahlt der Staat bis ein Jahr nach Studienende alle Zinsen, danach hat ein Absolvent neun Jahre Zeit, das Darlehen zurückzuzahlen. Bei Privatinvestoren ist so viel Geduld eher selten.

Und wer mit seinem über Studienaktie finanzierten Ingenieurstudium nicht glücklich wird und es hinschmeißt, wird vertragsbrüchig und muss seinen Kredit innerhalb von drei Monaten zurückzahlen. „Es ist ein eigenverantwortliches

Modell“, sagt Lars Stein. In Extremfällen müsste man „individuelle Lösungen finden“.

Bisher habe das immer geklappt: Einer alleinerziehenden Schuldnerin halfen zwei Investoren bei der Jobsuche. Als ein Studienaktionär sein Studium abbrach, um selbstständig zu werden, half ein Investor, das Unternehmen zu finanzieren. „Wir sind eben keine Bank. Es sind ja alles Menschen“, sagt Stein.

Bislang betreut der Verein nur etwas mehr als hundert Darlehensnehmer, durch den Auftrag des Kantons könnte sich diese Zahl in den kommenden Jahren verdreifachen. Lars Stein glaubt, dass seine ehemalige Studenteninitiative das stemmen kann, ohne den engen persönlichen Kontakt zu den Kreditnehmern aufzugeben. „Aber ich habe absolut Respekt vor dieser Aufgabe.“ ■

Quelle: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/studenten-sollen-studium-als-geldanlage-vermarkten-a-924439.html> [22.06.2015]

INFOBOX

Ich-AG: hier von einer arbeitslosen Person gegründetes kleines Unternehmen, das befristet staatliche Zuschüsse bekommt

Hartz-Kommission: 2002 für eine Arbeitsmarktreform eingesetzte Kommission zur Reduktion der Arbeitslosenzahlen in Deutschland

(Quelle: www.duden.de)

Juso: Abkürzung für Jungsozialist/in

Kinesiologie: Verfahren in der Naturheilkunde, dessen Untersuchungs- und Behandlungsgegenstand die Muskulatur ist

dröge: langweilig und reizlos

Thema 3: Bedrohte Freiheit

Aufgabe 1

„Plötzlich breiten Leute im Pyjama ihre Marotten aus“

Verfassen Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Für ein Klassenprojekt zum Thema *Mündigkeit von Bürgerinnen und Bürgern* stoßen Sie bei Ihren Recherchen auf das Interview mit Robert Pfaller, das Sie für Ihre Mitschüler/innen als Diskussionsgrundlage zusammenfassen.

Lesen Sie das Interview „*Plötzlich breiten Leute im Pyjama ihre Marotten aus*“ mit Robert Pfaller aus der Online-Ausgabe der Tageszeitung *Der Standard* vom 14. Juni 2013 (Textbeilage 1).

Verfassen Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie diejenigen Bereiche, in denen Robert Pfaller Bevormundung durch Politik sieht.
- Geben Sie die im Text erwähnten Widersprüche zwischen Bevormundung und Freiheit bzw. Eigenverantwortung wieder.
- Erschließen Sie Robert Pfallers Forderungen an die Politik.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Interview

„Plötzlich breiten Leute im Pyjama ihre Marotten aus“

Nicht mit mir! Veto! Philosoph Robert Pfaller über impotente Pseudopolitik, staatlichen Fürsorgeterror, den Geruch gegrillten Lamms aus dem Hof und das Glück der anderen

Interview: Lisa Nimmervoll

Standard: *Nach dem Appell „Empört euch!“ des französischen Diplomaten und ehemaligen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel, der die Empörung letztlich auch nur einen oder zwei Sommer am Köcheln hielt, folgt nun die Vetodrohung der Regierten gegen die Regierenden. Sie sind Mitinitiator der Plattform „Mein Veto – Bürger gegen Bevormundung“. Von wem fühlen Sie sich bevormundet?*

Pfaller: Wir dürfen es uns als erwachsene, mündige Bürger nicht gefallen lassen, dass die Politik uns wie Kinder behandelt und uns zunehmend unsere kleinen Freuden wie Trinken oder üppiges Essen miesmacht oder verbietet, dass sie die Universitäten zu schlimmeren Mittelschulen macht, wo nur noch Zwang und Kontrolle herrschen, dass sie uns vor „adult language“ in Filmen wie Michael Hanekes *Amour* warnt oder uns ständig gouvornantenhaf auf Dinge hinweist, die wir sehr gut selber wissen – etwa dass Rauchen schädlich ist. Ich meine, da müssen wir reagieren und solchen Leuten zeigen, dass wir kein dummes Stimmvieh sind, das alles mit sich machen lässt.

Standard: *Aber hat der (Sozial-) Staat nicht auch eine gewisse Fürsorgepflicht gegenüber jenen, die*

vielleicht nicht so bewusst leben und reflektiert sind wie Sie?

Pfaller: Das Problem ist eben, dass genau jene Politik, die die Einzelnen mit Verboten und lächerlichen, bevormundenden Hinweisen schikaniert, eben ihre Fürsorgepflicht vernachlässigt, indem sie den großen Konzernen zunehmend freies Spiel lässt: Diese Politik lockert zum Beispiel die EU-weiten Kontrollen bei den Futtermitteln und ermöglicht dadurch den Rinderwahn. Oder sie lässt zu, dass immer mehr genmanipulierte Äpfel auf den Markt kommen, die zwar nicht mehr braun werden, wenn man reinbeißt, die aber ebendarum auch nicht mehr gesund sind.

Standard: *Welche Rolle soll denn der Staat einnehmen?*

Pfaller: Das Prinzip muss lauten: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen.“ Die vordringlichste politische Aufgabe besteht im Moment sicherlich darin, Regelungen durchzusetzen, damit die Irrationalität der absichtlich deregulierten Finanzmärkte nicht weiterhin Millionen Menschen in Europa in die Armut treibt und eine ganze Generation ihrer Zukunftsperspektive beraubt. Die Politik hat die Menschen vor Verarmung, Entsolidarisie-

rung und Entdemokratisierung zu schützen. Die Mickrigkeiten hingegen, denen sich unsere Politik derzeit mit Vorliebe widmet – etwa: Glühbirnen, Bananen- oder Gurkenkrümmung, medizinische Nadeln – sind im Moment nur obszöne Ablenkungsmanöver. Sie sollen hinwegtäuschen über die Impotenz und den Unwillen der Politik, die entscheidenden Fragen zu behandeln. Ich nenne das Pseudopolitik.

Standard: *Sie setzen auf „Eigenverantwortung“. Wie definieren Sie die?*

Pfaller: Der Zentralbegriff ist: Respekt vor der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Eigenverantwortung hingegen verhält es sich wieder genauso zwiespältig wie mit der scheinbaren Fürsorge durch die Bevormundungspolitik: Genau jene Individuen, denen man keinen mündigen Umgang mit ihren Genussmitteln zutraut, möchte man nämlich umgekehrt verantwortlich machen für ihre Krankheiten und ihr soziales Scheitern. Eben der Staat, der uns mit seinem „Fürsorgeterror“ behelligt, möchte auf der anderen Seite, dass wir ihm Gesundheit und soziale Fitness schulden. Er ist nicht mehr bereit, selbstverständlich für alles zu zahlen, was Menschen in ih-

rem Leben eben kosten. Und das bei dem Wohlstand, der heute herrscht. Der großartige Stéphane Hessel hat mit Recht darauf hingewiesen, dass ein umfassender Sozialstaat selbst für das arme Nachkriegsfrankreich von 1949 durchaus vorstellbar und finanzierbar war.

Standard: *Wenn Sie sich umsehen oder diverse TV-Talk- und -Trashformate ansehen – sehen Sie da wirklich die mündigen, eigenverantwortlichen Bürger, die Sie gern verschont sehen würden von staatlichen Regulierungen?*

Pfaller: Wenn Sie das Trash-TV ansprechen: Bis in die 1990er-Jahre waren im österreichischen Fernsehen vorwiegend gut gekleidete Menschen zu sehen, die sich sachlich zu Fragen geäußert haben, die für die ganze Gesellschaft von Interesse waren. Mit der Vorherrschaft des Privatfernsehens ist das gekippt: Plötzlich sitzen nun dauernd Leute im Pyjama oder Betrunkene da, die ihre Privatmarotten ausbreiten. Das konnte zunächst als Befreiung erlebt werden, und es hat ja manchmal auch einen gewissen Unterhaltungswert. Aber wir dürfen nicht übersehen, was da verloren geht: Kaum jemand hat mehr das Recht, im TV als politischer Bürger aufzutreten und ernst genommen zu werden. Fast alle dürfen überhaupt nur noch vor die Kamera, wenn sie bereit sind, sich als Freaks aufzuspielen.

Standard: *Sie fühlen sich ja nicht nur vom staatlichen „Vormund“ unzumutbar behelligt, Sie stoßen sich an jenen Zeitgenossen, die buchstäblich aus der „Rolle“ fallen und ihre „Persönlichkeit“ sehr expressiv ausleben und so ihre Umgebung nerven – meist im Namen ihrer „Freiheit“. Wären da ein paar Grenzen nicht doch ganz gut?*

Pfaller: Den Begriff „Freiheit“ wenden viele derzeit fälschlicherweise auf ihr privates Leben an. Sie meinen mit „Freiheit“, dass sie ihren Launen, Identitäten, Befindlichkeiten und Empfindlichkeiten freien Lauf lassen dürfen. Freiheit ist aber genau das Gegenteil davon: Sie ist unsere Fähigkeit, diese „pathologischen“ Neigungen, wie Immanuel Kant sagt, und Marotten hinter uns zu lassen. Erst dann werden wir zu etwas Allgemeinem, zu politischen Bürgern. Nur in dieser Eigenschaft können wir uns auch dauerhaft mit anderen solidarisieren: Denn wir können nicht mit den Befindlichkeiten der anderen solidarisch sein, sondern nur mit deren Fähigkeit, sie hinter sich zu lassen.

Eine staatliche und mediale Pädagogik aber, die uns ständig als unmündige, empfindliche, verletzliche und kränkbare Wesen hinstellt, arbeitet am Gegenteil. Sie tut so, als ob die Befindlichkeiten der Menschen das Beste an ihnen wären, und fragt sie ständig: „Stört dich da nicht etwas? Sollen

wir den anderen – und dir – vielleicht noch etwas verbieten?“ Auf diese Weise macht die Politik, unterstützt von bestimmten Medien, aus den Menschen furchtsame, feige, gehorsame, traurige und neidische Wesen, die das Glück des anderen immer nur als Nachteil erleben können und für autoritäre Politik anfällig sind.

Standard: *Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für die Politik?*

Pfaller: Um nicht ihre eigenen Grundlagen zu zerstören, muss demokratische Politik ganz anders an die Leute appellieren. Sie muss signalisieren: „Du bist erwachsen. Du kannst das ertragen. Du stirbst nicht sofort, wenn du gegrilltes Lamm riechst, das aus dem Hof der Siedlung auf deinen Balkon heraufduftet; oder wenn du den Nachbarn Klavier üben hörst.“ Nur dann bekommen wir Bürger, die politisch handlungsfähig sind und das Glück des anderen auch als etwas solidarisch Teilbares erleben können.

Robert Pfaller, geboren 1962 in Wien, ist Professor für Philosophie an der Universität für angewandte Kunst in Wien und Mitgründer der Initiative „Mein Veto – Bürger gegen Bevormundung“ (<http://www.meinveto.at>). Er veröffentlichte unter anderem die Bücher „Wofür es sich zu leben lohnt“ (2011) und „Zweite Welten. Und andere Lebenselixiere“ (2012, beide S. Fischer). ■

Quelle: <http://derstandard.at/1371169559667/Plotzlich-breiten-Leute-im-Pyjama-ihre-Marotten-aus> [22.06.2015]

INFOBOX

Stéphane Frédéric Hessel (1917–2013), Diplomat und Schriftsteller, rief 2010 mit dem Essay *Empört Euch!* zum Widerstand der Bürger/innen gegen aktuelle politische Entwicklungen auf „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“: in der Französischen Revolution geprägter Spruch, der von Georg Büchner als Motto für die Flugschrift *Der Hessische Landbote* (1834) übernommen wurde

Thema 3: Bedrohte Freiheit

Aufgabe 2

Die dunkle Seite von Big Data

Verfassen Sie eine Erörterung.

Situation: Die Tageszeitung *Die Presse* veranstaltet einen Schreibwettbewerb zu dem Thema *Bedrohte Freiheit*, für den Sie einen Artikel dieser Zeitung als Grundlage heranziehen müssen. Die besten Texte werden publiziert. Sie wollen an diesem Wettbewerb teilnehmen und wählen dafür einen Kommentar von Oliver Grimm.

Lesen Sie den Kommentar *NSA, Prism und das Internet: Die dunkle Seite von Big Data* von Oliver Grimm aus der Online-Ausgabe der Tageszeitung *Die Presse* vom 10. Juni 2013 (Textbeilage 1).

Verfassen Sie nun die **Erörterung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Benennen Sie die für Ihre Erörterung relevanten Aussagen der Textbeilage zum Verhältnis von persönlicher Freiheit und staatlicher Kontrolle.
- Erläutern Sie die Gefahren von Überwachung und eines möglichen Datenmissbrauchs, auch angesichts des sorglosen Verhaltens vieler Mediennutzer/innen.
- Diskutieren Sie, inwieweit die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt werden darf, um die Sicherheit der Allgemeinheit zu gewährleisten.

Schreiben Sie zwischen 540 und 660 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Kommentar

NSA, Prism und das Internet: Die dunkle Seite von Big Data

Die Enthüllung der Internetüberwachung durch die USA lehrt uns: Je größer der Eingriff in die Privatsphäre ist, desto stärker muss der Schutz vor Missbrauch sein.

Von Oliver Grimm

David Simon, der Schöpfer der Fernsehserie „The Wire“, stellt inmitten der Aufregung um die Überwachung des Internets durch die US-Geheimdienste eine wichtige Frage: Greift die Regierung auf diese Daten für das legitime Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Sicherheit zu oder missbraucht sie die Privatsphäre?

Simon vergleicht die digitale Datensammlung der National Security Agency (das ist der militärische Geheimdienst der USA) mit dem Abhören von öffentlichen Münztelefonen durch die Polizei im Kampf gegen Drogendealer im Baltimore der frühen 1980er-Jahre. Die Polizei wollte damals herausfinden, wie die Drogengangs ihr Geschäft mithilfe von Telefonzellen und Pagern organisieren. Also besorgten sie sich von einem Richter die Erlaubnis, alle Nummern zu erfassen, die von allen Münzfernsprechern in den Stadtvierteln gewählt wurden, in denen die Gangs aktiv waren.

Hier wird es aus grundrechtlicher Sicht spannend. Denn ein öffentliches Telefon wird auch von unbescholtene Bürgern verwendet. Darf die Polizei deren Gespräche

abhören? Nein, sagte der Richter. Sobald die Polizisten merkten, dass da bloß ein braver Schüler seiner Omi zum Geburtstag gratuliert und nicht zehn Deka Koks bestellt, mussten sie die Abhörung beenden und Aufnahmen löschen. Haben die Polizisten sich immer daran gehalten? Wahrscheinlich nicht. War dieser Lauschangriff wirksam? Ja – die Anführer der Gangs gingen hinter Gitter. War er rechters? Ebenfalls ja – mehrere Berufungsgerichte bestätigten das.

David Simon schließt daraus, dass das Überwachungsprogramm Prism für sich genommen kein Problem ist. Wenn die Behörden Daten in Bausch und Bogen verlangen, dann täten sie das nicht, um brave Bürger zu beschnüffeln, sondern um eine Datenbasis als Werkzeug für Ermittlungen zu bekommen. Denn, gibt er zu bedenken: Diese Datenmengen sind nun einmal da. Soll man sie im Kampf gegen Terroristen, Schwerverbrecher und Spione ignorieren?

Nein. Aber ebenso wenig darf man den wesentlichen Denkfehler im Vergleich von Münztelefonen mit dem Internet übersehen. Wer Telefonnummern aufschreibt, weiß nicht, worüber gesprochen wurde.

Wer Zugang zu den Großrechnern von Microsoft, Google und Facebook erhält, kann sofort in den Inhalten der E-Mails und Chats blättern.

Diesen direkten Zugang gewährt Prism den Behörden. Der Eingriff in die Privatsphäre ist also viel größer, als wenn ein paar Drogenfahnder Münztelefone observierten. Das Ausmaß des Eingriffs allein macht ihn nicht rechtswidrig. Prism basiert auf FISA, einem Gesetz, das der Kongress mit großer Mehrheit beschlossen hat und hinter dem die meisten Kongressleute noch heute stehen.

Je stärker aber der Eingriff in die Privatsphäre ist, desto größer ist die Gefahr von Missbrauch. Der Verdacht von Missbrauch liegt in der Luft, wenn ein Staatsanwalt einem Angeklagten die Auskunft darüber verweigert, ob seine Anklage wegen Terrorismusverdachts bloß darauf beruht, dass er online das al-Qaida-Magazin „Inspire“ gelesen und Prism deshalb Alarm geschlagen hat. Genau so ein Fall liegt bei einem Gericht in Florida. Der Verdacht von Missbrauch liegt auch in der Luft, wenn das FISA-Sondergericht von den mehr als 33.900 Anfragen der Geheimdienste auf elektronische

Überwachung, über die es seit 1979 zu befinden hatte, nur elf abgelehnt hat.

Lagen Amerikas Geheimdienste tatsächlich zu mehr als 99 Prozent auf der richtigen Seite der Verfassung? Dieselben Geheimdienste, die für George W. Bush Gutachten über den Irak gefälscht haben? Die zu sehr mit

innerbehördlichen Eifersüchteleien beschäftigt waren, als dass sie 9/11 hätten verhindern können? Die heimlich gefoltert haben?

Prism rührt an einem Dilemma unserer zusehends von Big Data geprägten Lebensweise. Wir misstrauen den Behörden und Konzernen. Unser iPhone wollen wir

aber nicht missen (und sein GPS). Ebenso wenig das Bezahlen mit Kreditkarte. Oder die maßgeschneiderten Angebote auf Amazon. Auf die dunkle Seite von Big Data fällt nun ein Lichtstrahl. Wir müssen Aufdeckern wie Edward Snowden dafür danken. ■

Quelle: http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/1417012/NSA-Prism-und-das-Internet_Die-dunkle-Seite-von-Big-Data [22.06.2015]

INFOBOX

Big Data: *hier* Ansammlung großer Datenmengen

David Simon: US-amerikanischer Autor, Journalist und Drehbuchautor/Produzent amerikanischer Fernsehserien, darunter *The Wire*, die u. a. den Drogenhandel in Baltimore beschreibt
(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/David_Simon [22.06.2015])

FISA: „Foreign Intelligence Surveillance Act“ – Gesetz zur Auslandsaufklärung und Spionageabwehr

Edward Joseph Snowden: Im Juni 2013 begannen der britische *Guardian* und die US-amerikanische *Washington Post*, geheime Dokumente zu veröffentlichen, die sie vom früheren NSA-Mitarbeiter Edward Snowden bekommen hatten. Snowden selbst wurde dafür in den USA der Spionage angeklagt und floh nach Russland ins Exil.

(Quelle: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-10/hintergrund-nsa-skandal> [22.06.2015])